

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Bezugspreise:

Monatlich einschließlich Trägerlohn **1.80**
Einzelnummer 10 **3**

Er scheint an jedem Werktag

Verbreitete Setzung im O.A.-Bezirk Nagold
Druck u. Verlag von G. W. Salzer (Karl Salzer) Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise:

Die einspaltige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 **3**, Familien-Anzeigen 12 **3**, Reklame-Seite 45 **3**, Sammelanzeigen 50% Aufschlag für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postfachkonto Stuttgart 5113

Nr. 257

Gegründet 1827

Donnerstag, den 3. November 1927

Fernsprecher Nr. 29

101. Jahrgang

Tagespiegel

Das Reichskabinett hat die Antwort auf die Denkschrift des Davesagenten festgelegt. Sie soll nach der Uebergabe an Parker Gilbert veröffentlicht werden.

Auf 10. November wird eine Sitzung der Zentrumsfraktionen des Reichstags und des preussischen Landtags zur Beratung des Schulgesetzes und der Befoldungsreform einberufen.

Der Deutsche Volksbund in Kattowitz hat gegen die willkürliche Auflösung des Kattowitzer Stadtparlaments durch die polnische Behörde Einspruch erhoben.

Poincaré läßt ankündigen, daß der vierte Band seiner Erinnerungen demnächst erscheinen werde. In Paris wird das vielfach so gedeutet, daß Poincaré glaube, seine Ministerpräsidentenschaft sei nach dem Absinken der Radikalsocialisten nicht mehr von langer Dauer.

In Bukarest verläuft, Prinz Karol werde sich zufrieden geben, wenn die rumänische Regierung seine finanziellen Forderungen, die ihm das Leben in Paris ermöglichen, erfüllt. Dies würde den Sieg Bratianus bedeuten.

Die türkische Nationalversammlung hat Mustafa Kemal Pascha einstimmig zum Staatspräsidenten wiedergewählt. Zum Präsidenten der Nationalversammlung wurde Kiazim Pascha gewählt.

Italien meldet sich am Eingangstor zum Mittelmeer

Nämlich vor der neutralen marokkanischen Hafenstadt Tanger, wo Ende voriger Woche ein italienisches Geschwader, bestehend aus einem Kreuzer und zwei Torpedobootszerstörern, unter dem Kommando des Prinzen von Udine, einem Verwandten des italienischen Königshauses, erschienen ist.

Was bedeutet dies? Man wird unwillkürlich an den deutschen „Panther-Sprung“ von Agadir erinnert. Das war am 1. Juli 1911. Damals schickte die deutsche Regierung das Kanonenboot „Panther“ nach jenem Hafenort in Südwest-Marokko, als Protest oder besser zum Schutz der durch das Einrücken der Franzosen in Fes, der Hauptstadt Marokkos, bedrohten deutschen Interessen. Das sah recht brenzlich aus. Aber am Ende wurde der Zwischenfall durch das Marokko-Kongo-Abkommen vom 4. Nov. 1911 beigelegt.

So wird's wahrscheinlich auch diesmal werden. Wenn man es auch nicht gerade mit einem englischen Witzblatt halten will, das Mussolini mit einem großen Maul und einer kleinen Kinderhand dargestellt hat, so ist doch nicht anzunehmen, daß Italien mit Frankreich einen Krieg beginnen werde. Gegenüber der in Waffen starrenden „lateinischen Schwester“ verfügt das Italien Mussolinis doch über verhältnismäßig wenige Mittel, um eine kriegerische Sprache in die Tat umsetzen zu können.

Was vielmehr Italien mit dieser Kundgebung bezweckt, ist etwas anderes. Es will, wie der Vertreter der „Deutschen Allg. Ztg.“ authentisch in Tanger erfahren hat, auf seine neue Einspruch gegen das Pariser Abkommen 1923 erheben. Damals hatten Frankreich und Spanien Marokko unter sich aufgeteilt. Mussolini will das nicht gelten lassen. Er lehnt jede Regelung der Tangerfrage ab, die ohne Italiens Mitwirkung zustande kommt. Dieser Hinweis erscheint der italienischen Regierung angebracht in dem Augenblick, in dem die Verhandlungen über Tanger zwischen der französischen und der spanischen Regierung in Paris wieder aufgenommen werden. Italien habe nichts dagegen, wenn wieder eine Tanger-Konferenz zusammentrete, aber es wolle dabei mit voller Gleichberechtigung vertreten sein.

Wer will im Grund dies verdienen? Man beachte wohl, daß Italien jährlich um eine halbe Million Einwohner zunimmt. Wo soll es seinen Bevölkerungsüberschuß unterbringen? Neuerdings wird berichtet, daß die Regierung durch großzügige Entwässerungsanlagen große Gebiete der südlichen Provinzen, die bisher nicht bewohnbar waren, trocken gelegt habe. Dort sollen Bauern, deren Auswanderung Mussolini verboten hat, sich ansiedeln. Aber das reicht bei weitem nicht aus, um Italiens begründeten Landhunger zu stillen. Italien muß wohl oder übel Kolonialpolitik treiben. Das bisherige Tripolis oder das Somaliland, wo neuerdings zwei Sultane inoffiziell gemacht wurden, sind keine hinreichenden Abzugskanäle für ein „Volk ohne Raum“. Jedenfalls stehen die italienischen Kolonien der Größe und der Wohnbarkeit nach in keinem Verhältnis zu dem gewaltigen französischen Kolonialreich. Hat doch vor wenigen Tagen Canalaro, der ehemalige Staatssekretär im Kolonialministerium, im „Corriere della Sera“ mit Recht festgestellt, daß die Franzosen, die so wie so sich von Marokko bis nach Syrien bei den Eingeborenen unbeliebt gemacht hatten, wegen des fehlenden Menschenmaterials gar nicht imstande seien, ihr Kolonialreich zweckdienlich zu verwalten, geschweige denn zu entwickeln. Dazu kommt noch, daß Italien in den letzten Jahren rund 600 Mill. Mark zur Einfuhr

Atlantischer Schiffswettbewerb

Unbegründete Verdächtigungen Deutschlands

Die Londoner „Westminster Gazette“ sagt einen großen Kampf zwischen den führenden transatlantischen Schifffahrtlinien in Großbritannien, Deutschland, Frankreich und den Vereinigten Staaten im nordatlantischen Reise- und Frachtverkehr voraus, wofür schon ausgedehnte Vorbereitungen getroffen würden. Das Blatt fügt seiner Borausage die kühne Behauptung hinzu, Deutschland sei wegen seines ehrgeizigen Schiffsbauprogramms zum größten Teil für den neuen Kampf verantwortlich.

Ob sich ein Kampf kommen wird oder nicht, kann heute noch niemand wissen, und insofern könnte man die Betrachtungen der „Westminster Gazette“ auf sich beruhen lassen. Die gegen die deutsche Schifffahrt erhobene Beschuldigung wird man zwar in sachverständigen Kreisen des In- und Auslands als eine durch nichts begründete Wiederholung der altgewohnten Verurteilung betrachten, Deutschland als den Sündenbock für alles und jedes abzustempeln. Dagegen ist man im großen Publikum eben zu wenig sachverständig, als daß man selbst dieser durch und durch gegenstandslosen Äußerung eine volle Unwirksamkeit zutrauen dürfte. Die Möglichkeit kommerzieller Reibungen unter den Reisedereien auf dem nördlichen Atlantischen Meer besteht allerdings, und zwar wegen des kürzlich durch die Nordatlantische Schifffahrtskonferenz bis auf weiteres notdürftig beigelegten Streits um die Verkehrsanteile zwischen der französischen Compagnie Générale Transatlantique und englischen Linien, wie der Cunard und White Star, eines Streits also, woran die deutsche Schifffahrt vollständig unbeteiligt und uninteressiert war. Schon im nächsten Jahr wird sich zeigen, wohin die weitere Reise gehe, weil dann die Einstellung neuer großer und schneller Dampfer bevorsteht und den allgemeinen Wettbewerb um die Verkehrsanteile verschärfen muß. Diese Lage wird besonders gekennzeichnet dadurch, daß die ausländische Schifffahrt vielfach durch unbegrenzte Staatsunterstützungen vor andern Reedereien begünstigt ist, und daß gerade dadurch immer mehr große, schnelle und verschwendungsvoll ausgestattete Schiffe in die Fahrt hineingedrückt werden, um den Ehrgeiz ihrer Länder zu befriedigen. Es ist allgemein bekannt, daß Deutschland zu diesen Ländern nicht gehört. Seine Reedereien sind auf ihre eigenen Kräfte angewiesen, wenn sie ihre Flotten vergrößern und ihre Dampfer wettbewerbsfähig erhalten wollen. Will man unter diesen Umständen etwa den deutschen Reedereien zumuten, ihre Ausrüstung zu vernachlässigen, nur um den ohnehin starken Wettbewerbern fremder Flaggen das Feld zu überlassen? Denn mehr hat die deutsche Schifffahrt nicht getan, als mit Zähigkeit wieder etwas von den ungeheuren Verlusten einzubringen, die ihr die Auslieferung der deutschen Handelsflotte auf Grund des Waffenstillstandsabkommens von Compiègne zugefügt hat. Das sogenannte „ehrzeizige Bauprogramm“ verfolgt lediglich dieses Ziel, ohne daß bisher mehr als nur ein Teil unserer Vorkriegsstärke erreicht worden wäre, während in Wirklichkeit unsere Handelschifffahrt größer als vor dem Krieg sein müßte, um den alten Anteil am Weltschiffsraum wieder zu erreichen. Das deutsche Bauprogramm bedroht also niemand, es entspricht nur dem dringenden eigenen Bedürfnis, d. h. der tatsächlichen marktmäßigen Nachfrage des Reisepublikums und der Verfrachter nach leistungsfähigen deutschen Schiffen.

Will man hinter der Äußerung der „Westminster Gazette“ mehr als eine gedankliche Redensart nach der alten Schablone suchen, so kann es sich nur um die Bestimmung darüber handeln, daß die fremde Schifffahrt ihre kurz nach dem Krieg ausgeblühten Hoffnungen, in den deutschen Häfen ein bedeutendes Zuspruchsgebiet zu gewinnen, inzwischen hat begraben müssen. Denn sie hat sich infolge der allmählich gesteigerten Leistungsfähigkeit unserer Schifffahrt nach und nach von den deutschen Häfen wieder zurückziehen müssen oder sie muß sich soweit sie dort noch verblieben ist, heute mit verschwindenden Bruchteilen des ehemaligen Geschäftsbegnügens. Das mag bitter sein, ist aber ein ganz natürlicher und durchaus gerechtfertigter Vorgang. Wenn tatsächlich nächsten Sommer ein Kampf auszufechten sein wird, den gerade die deutsche Schifffahrt nicht sucht und vermeiden sähe, dann fragen die entscheidenden Gründe dafür in der klaren Tatsache, daß gerade die ausländischen Reedereien zum Teil aus Eitelkeit den Weltmarkt mit einem das Bedürfnis weit übersteigenden Raum von Luxus-tonnage überziehen. Diese Tatsache beschränkt sich übrigens nicht nur auf den nordatlantischen Verkehr, sie tritt vielmehr auch in sehr ausgeprägter Form ebenfalls im Verkehr zwischen Europa und Südamerika zutage. Hier ist es namentlich die italienische Schifffahrt mit ihrem schon geradezu halbamtlichen Charakter, die diese Reiselinie im überhöhtem Bormärtsverkehr mit Schiffsraum überfättigt. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß verschärfte Reibungen auch für das südatlantische Reisegebiet zu erwarten sein werden.

Königin Elena ist in Begleitung ihrer Töchter und des spanischen Botschafters in Paris nach Paris und London abgereist.

Neueste Nachrichten

Kein Reichsentschädigungskommissar

Berlin, 2. Nov. Halbamtlich wird den Blättern mitgeteilt, daß die Schaffung eines Reichskommissariats für den Verkehr mit dem Davesagenten Parker Gilbert unter keinen Umständen in Frage komme, vielmehr solle für diesen Zweck eine besondere Stelle im Finanzministerium errichtet werden, die selbstverständlich in Verbindung mit den anderen in Betracht kommenden Reichsstellen tätig wäre.

Unter Vorsitz des Reichskanzlers trafen heute nachmittags die Reichsminister, deren Geschäftsbereich auch die Entschädigungsfrage berührt, zu einer Besprechung zusammen.

Die verunglückte Reichsanleihe

Berlin, 2. Nov. Im Haushaltsausschuß des Reichstags hatte am 27. Oktober Reichsbankpräsident Dr. Schacht die von dem vorigen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold begebene fünfprozentige Reichsanleihe von 500 Millionen Mark scharf gerügt. Darüber entspann sich ein Streit zwischen Schacht und Reinhold. Beide veröffentlichten nun eine gemeinsame Erklärung, daß das Reichsfinanzministerium am 11. Januar d. J., als die Reichsbank ihren Diskontsatz ermäßigte, noch nicht die Absicht gehabt habe, die Anleihe aufzunehmen, daß sich der Reichsfinanzminister aber doch dann dazu entschlossen habe, weil er befürchte, daß der innere Geldmarkt für eine solche Anleihe immer ungünstiger werde. Ein Berliner Blatt habe damals auch darauf hingewiesen, daß jetzt eine günstige Gelegenheit für eine fünfprozentige innere Reichsanleihe vorhanden sei. Diese Beurteilung durch das Blatt sei für den Reichsfinanzminister maßgebend gewesen, einen fünfprozentigen Typ zu wählen. Am 20. Januar habe der Reichsfinanzminister der Reichsbank von der Absicht Kenntnis gegeben, und die Reichsbank habe zugestimmt, jedoch gegen die Höhe der Anleihe Bedenken erhoben. Die Reichsanleihe wurde zu 92 ausgegeben und ist, obgleich 200 Millionen Mark auf öffentlichen Stellen mit Sperrverpflichtung untergebracht wurden und die restlichen 300 Millionen von Banken übernommen wurden

Besuch des Königs Alfons in Italien

Barcelona, 2. Nov. König Alfons von Spanien ist gestern in Begleitung des Herzogs von Miranda an Bord eines Kreuzers nach Neapel abgereist, um an der Hochzeit des Herzogs von Apulien und der Prinzessin Anna von Bourbon, einer Verwandten des Königs, teilzunehmen

Etatsrede des Finanzministers

Württemberg

Stuttgart, 2. November.

Der Landtag begann heute die Beratung des Staatshaushaltsplans für 1928. Dazu ergreift zunächst das Wort

Finanzminister Dr. Dehlinger:

Die frühzeitige Vorlage des württ. Planentwurfs hat den Mangel, daß für die Höhe der Reichssteuerüberweisungen der Boranschlag des Reichshaushalts für 1928 nicht verwertet werden könnte und daß die persönlichen Ausgaben nach Vorlegung des neuen Besoldungsgesetzes in einem Nachtrag neu festgelegt werden müssen. Der Plan ist diesmal einjährig. Der Minister gibt dann einen Überblick über den (bereits mitgeteilten) Stand der Staatsfinanzen, die sich in den letzten vier Jahren durchaus gesund entwickelt haben. Dank den vorhandenen Restmitteln komme man trotz der Besoldungserhöhung für das Jahr 1927 ohne Abmangel durch.

Der Minister weist die Notwendigkeit der Beamtenbesoldungserhöhung nach, betont aber die Pflicht des Reichs, die Länder zu unterstützen, da letztere dem Reich in dem Ausmaß der Besoldungserhöhung folgen müssen und da die Länder einen reichsverfassungsmäßigen Anspruch auf die Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit durch das Reich haben, nachdem ihnen dieses die Hauptsteuerquellen genommen habe. Eine Erhöhung der Steuern im Jahr 1928 sei bei deren ohnehin starken Anspannung ausgeschlossen, und so sei Württemberg für das kommende Jahr auf das Entgegenkommen des Reichs angewiesen.

Württemberg habe immer noch große unbewegliche Forderungen gegen das Reich aus der Ueberlassung seiner Steuer- und Zollgebäude, sowie der Bahn und Post. Würden dem Lande die ihm vertragsmäßig zustehenden Entschädigungen bezahlt, so könnte es den Mehraufwand für die Besoldungserhöhung aus eigener Kraft decken. Wegen der Besoldungserhöhung habe niemand eine Inflation zu befürchten; sie gebe auch zu Preissteigerungen im Inland keinen Anlaß und würde infolge der erhöhten Kaufkraft der Beamenschaft eher eine Preisenkung rechtfertigen. In dem Ausmaß, in dem Staat und Gemeinden für die letzteren nicht unwesentliche Entlastungen eingetreten. Bezüglich der Schullastverteilung macht die Steigerung des Staatsanteils an den persönlichen Schullasten, gemessen am Jahr 1914, mehr als das Dreifache des Steigerungsbetrags bei den Gemeinden aus.

den, im Kurs fortwährend gesunken und steht heute trotz der Zinserhöhung auf 6 Proz. auf 86.50.

Sieg der Arbeiterpartei bei den englischen Gemeindevahlen
London, 2. Nov. Bei den gestrigen Gemeinderatswahlen des ganzen Landes mit Ausnahme des Kreises London gewannen die Arbeiterpartei 110, die Konservativen 10, die Liberalen 8 und die Unabhängigen 15 Sitze. Dagegen verloren die Arbeiterpartei 11, die Konservativen 69, die Liberalen 31 und die Unabhängigen 27 Sitze. Die Arbeiterpartei hat besonders in den Industriebezirken neue Sitze gewonnen.

Verhärfung der Lage in Rumänien
Bukareff, 2. Nov. Auf die Weigerung der Nationalen Bauernpartei hin, sich an der Regierung Bratianu zu beteiligen, hat die Regierung die Abhaltung des Parteitag der Bauernpartei, der auf 20. November nach Karlsburg einberufen war, verboten. Gegen die Partei sollen scharfe Maßnahmen ergriffen werden. — Bezeichnend für die Willkürherrschaft der Gebrüder Bratianu, des „Fürsten“ Stirpey und Konforten.

Ein gutes Buch ist wie das Turmlicht einer fremden Stadt,
das einsam brennt und sein Geheimnis hat.
Ein gutes Buch zu finden
ist Segelfahrt mit tausend Winden!
René Prévot.

JLSE RÖMNER

Roman von Elisabeth Borchart

31. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
„Wo warst du?“ fragte Ilse streng, noch ehe Lotti imstande war, zu sprechen.
„Nicht böse sein,“ bat Lotti, griff Ilse Hand und drückte sie, „ich will Ihnen ja alles erzählen.“
„So erzähle, — ich bin neugierig, welchen Vorwand du wieder für deinen Ungehorsam ausgedacht hast.“
Lotti erzählte bis unter die Haarwurzeln. Fräulein Römer hatte recht; sie hatte hinterher immer ihre Unart zu entschuldigen gesucht.
„Ich will die Arbeit jetzt auch sehr gut und sauber machen, Fräulein Römer,“ sagte sie kleinlaut.
„Das versteht sich von selbst. Jetzt will ich erst wissen, wo du die ganze Zeit über geblieben bist.“
„Bei Konrad,“ antwortete Lotti weinerlich.
„Wer ist Konrad?“
„Jetzt sah Lotti gar, erstaunt zu ihr auf.
„Das ist doch mein Bruder — wissen Sie denn nicht, der im linken Flügel unter Ihnen wohnt?“
„Und bei — ihm warst du? Weiß denn Mama davon?“
„Lotti erzählte bis unter die Haarwurzeln, Fräulein Römer hatte recht; sie hatte hinterher immer ihre Unart zu entschuldigen gesucht.“
„Bewahre, Mama darf davon natürlich nichts wissen, sonst würde ich nie wieder zu ihm dürfen, und er freut sich immer so sehr, wenn ich komme, und ich habe ihn so lieblich lieb.“
Ilse schwieg sekundenlang bestürzt und ratlos. Sie hatte bisher geglaubt, ihre Zöglinge nur zum Besten anzuhalten, ihren Charakter zu festigen und allen Lug und Trug daraus zu entfernen, und nun sah sie sich durch Lottis Geständnis plötzlich einem Zwiespalt gegenüber, auf den sie nicht vorbereitet war. War es nicht ein Unrecht, die heimlichen Besuche des Kindes bei dem Bruder, die die Mutter nun und nimmer billigen würde, zu be-

Bezüglich des Verhältnisses des Reichs zu den Ländern wandte sich der Minister gegen die unitaristischen Bestrebungen. Würde die Selbständigkeit des württ. Staats aufgehoben, so betrüge die finanzielle Einsparung keine 2 Millionen, also nicht den 10. Teil der künftigen Besoldungsmehrlasten. Nicht durch Vernichtung der Existenz der Länder seien die Mißstände in den Beziehungen des Reichs zu den Ländern zu beseitigen, sondern durch klare Absehung der Zuständigkeiten auf dem öffentlichen Betätigungsbereich, sowie durch zweckmäßige und organisatorische Regelung des Steuerwesens. Dabei brauche das Reich durchaus keinen Schaden zu leiden.

Zur Frage der Bezirkszusammenlegung erklärte der Minister, wenn man 20 Amtsgerichte und Oberämter verschwinden lasse, so könnten etwas mehr als 1½ Millionen Mark an staatlichem Aufwand erspart werden, aber nur unter schwerer Schädigung der Bevölkerung in diesen Bezirken. Viel wichtiger und wirksamer wäre ein Arbeitsabbau und die zweckmäßige und feste Absehung der Aufgaben zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

Im Planentwurf für 1928 seien die Personalausgaben seit 1924 um 53 Millionen, die Sachausgaben um 31½ Millionen gestiegen. Der Minister wies den Vorwurf zurück, als liege darin eine „verschwendische Wirtschaft“ der gegenwärtigen Regierungsparteien. Eine weitere Herabsetzung der staatlichen Realsteuern sei nicht möglich. Weiterhin wandte sich der Minister gegen den Reichsgesetzentwurf eines Steuervereinfachungsgesetzes, der die fast völlige Aufhebung der Steuerhoheit der Länder bedeutete. Württemberg, Bayern und Baden werden im Reichsrat beantragen, die Reichsregierung möge diesen Gesetzentwurf solange zurückstellen, bis sie gleichzeitig den Entwurf eines neuen Finanzausgleichsgesetzes vorlegen könne. Sollte dieser Antrag keine Mehrheit finden, so werde die württ. Regierung verlangen, daß das württ. Grund- und Gebäudekataster von den Finanzämtern weitergeführt werde.

Zu dem Entwurf eines Gebäudeentlastungsgesetzes erklärte der Minister, die Regierung die Herabsetzung der Steuerhöhe und die Streichung der Werterhaltungsteuer beantragen, andernfalls den Gesetzentwurf ablehnen. Die neue Gewerbesteuer, so führte der Minister weiter aus, habe den beabsichtigten gerechten Ausgleich gebracht. Die Landwirtschaft sei nicht zu wenig belastet. Ihre Besteuerung sei in Württemberg rund zweimal so hoch wie in Bayern. Das Vertrauen zur staatlichen Wirtschaft in Württemberg ist nicht kleiner geworden und daher auch der Staatskredit vollkommen gut und gesund. Das ist nur erreicht worden durch stete peinliche Ordnung im Staatshaushalt bis in alle Einzelheiten. Nur eine solide Finanzgebarung erhält dem Land seine bisherige starke Stellung und seine staatliche Selbständigkeit (Beifall bei den Regierungsparteien).

Die Aussprache

Hg. Dr. Ströbel (Bauernbund) weist auf das ungünstige Bild der Außenpolitik hin und bespricht dann die Wirtschaftslage, die sich gebessert habe. Man habe jetzt wohl volle Arbeit, aber keine Rentabilität. Das Handwerk leide unter den Steuern und dem neuen Arbeitsschutzgesetz, die Landwirtschaft leide schwere Not, die Rentabilität sei zurückgegangen und die letzte Ernte noch schlechter ausgefallen als die vorjährige. Die Steuern seien unerträglich. Württemberg müsse alljährlich 100 Millionen Mark an den Daneslasten zahlen. Ohne ausreichenden Zollschutz sei die deutsche Wirtschaft verloren. Das Landtagswahlgesetz habe sich bewährt und bedürfe deshalb keiner Aenderung. Landtags- und Reichstagswahlen sollten im nächsten Jahr möglichst zusammengelegt werden. Die Eigenstaatlichkeit der Länder sei gefährdet. Gegen die Vereinheitlichung des Finanzwesens beständen die größten Bedenken, der Finanzausgleich mache uns von Berlin abhängig. Die kulturelle Selbständigkeit der Länder müsse gewahrt bleiben. Der Redner wünschte den Ausbau der Nagoldlinie und begrüßte den Reichsschulgesetzentwurf, weil er den christlichen Charakter der Schule und die Freiheit der Eltern wahre. In Württemberg werde sich so gut wie gar nichts ändern. Weiter wünschte der Redner den Abbau der Wohnungswanngewinnsteuer. Die württ. Besoldungsreform müsse sich der Reichsregelung anschließen. Das Steuervereinfachungsgesetz bringe für Württemberg Verschlechterungen und würde am besten zurückgezogen.
Nach dieser Rede wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

ep. Jahresversammlung des Deutschen Hugenottenvereins. Am Sonntag hielt der Deutsche Hugenottenverein seine Jahresversammlung, an der Vertreter aus verschiedenen norddeutschen, französisch-reformierten Gemeinden, namentlich aber zahlreiche Freunde des Vereins aus Stuttgart und den waldensischen Flüchtlingsgemeinden in Württemberg teilnahmen. Die Feier war eingeleitet durch einen Gottesdienst in der reformierten Kirche, bei dem Pfarrer de Quervain-Stuttgart die Festpredigt hielt. Bei der Feier am Nachmittag im Juribachhaus gewährte ein vorzüglicher Kenner hugenottischer Geschichte, Stefan Lachemann aus Leonberg, interessante Einblicke in die Geschichte der Flüchtlingsgemeinden in Württemberg. Unter dem Druck der äußeren Verhältnisse mußten sie vor 100 Jahren ihre Selbständigkeit aufgeben und sich der lutherischen Landeskirche anschließen. Darauf sprach der Vorsitzende des Vereins, Prof. D. Dr. Cordier, über „Die Bedeutung des Deutschen Hugenottenvereins für die Gemeinden“.

Verband Südd. Omnibus-Firmen, e. V., Stuttgart. In der letzten Mitgliederversammlung in Horb teilte der Vorsitzende, Fabrikant Karl Hommel-Göppingen, mit, daß der Verband mit den zuständigen Polizeiverwaltungen im Interesse eines geregelten Verkehrs und der Betriebssicherheit eine Verkehrsordnung entworfen habe, die voraussichtlich bei allen Mitgliedern eingeführt werden könne. Es sei aber unverständlich, daß der Konzeptionsinhaber die Linie einstellen muß, wenn die Reichspost seine Linie aufnehmen will. — Die nächste Tagung findet in Günzburg a. D. statt.

Stuttgart, 2. Nov. Staatszuschüsse zur Lehrerbildung. Nach einem Erlaß des Innenministeriums können für das Rechnungsjahr 1927 wieder Beiträge an bedürftige Gemeinden zur Besoldung der Lehrkräfte der Volksschule verteilt werden. Die Gemeinden, die den auf sie entfallenden Besoldungsaufwand ohne staatliche Hilfe nicht aufzubringen vermögen, haben ihre Gesuche im Laufe des Monats November 1927 zu stellen. Als Beilage sind die Haushaltspläne der Gemeinden für 1926 und 1927 anzuschließen.

Ludwigsburg, 2. Nov. Charlottenheim. Am Montag ist in aller Stille das neue Charlottenheim für unterkunftlose Mädchen eingeweiht worden.

Heilbronn, 2. Nov. Der rückichtslose Autofahrer. Das Auto, das den Gemeinderat Rieder aus Neckargartach (der inzwischen gestorben ist) überfuhr, gehört der hiesigen Autovermietung Schill. Der Wagenführer, der in der Richtung Bödingen davonfuhr, wurde dadurch erfaßt, weil er kurz zuvor wegen unvorschriftsmäßigen Fahrens im Ort Neckargartach aufnotiert wurde.

Reulingen, 2. Nov. Das Fleisch wird billiger. Hier geht ab 3. November der Ladenpreis bei sämtlichen Fleischsorten um fünf Pfennig pro Pfund zurück.

Schramberg, 2. Nov. Oskar Jungmans †. Auf einer Geschäftsreise in Italien ist unerwartet der langjährige Leiter der weltbekannten Uhrenfabriken Gebr. Jungmans u. Co. in Schramberg, Dr. Oskar Jungmans, an einem Herzschlag gestorben. Er hat nur ein Alter von 50 Jahren erreicht. 1924 verlieh ihm die Technische Hochschule Stuttgart wegen seiner Verdienste um die schwäbische Industrie den Dokortitel ehrenhalber. Dr. Jungmans war auch Inhaber des Goldenen Ehrenrings des Deutschen Museums in München, um dessen Bestand er sich ebenfalls verdient gemacht hat.

Heidenheim, 2. Nov. Schäferlauf — Unfall. Die Stadt ist seit 1723 im Besitz einer Schäfer-Nebenlade und hat somit das Recht auf den Schäferlauf. Im Herbst des nächsten Jahres soll wieder ein solcher stattfinden. Ein Reit- und Fahrturnier soll damit verbunden werden. — Der 25 Jahre alte Elektromonteur Wilh. Schlumberger stürzte bei Arbeiten am Ortsnetz in Königsbronn und mußte schwerverletzt ins Bezirkskrankenhaus verbracht werden.

Göppingen, 2. Nov. Ein Hochzeitshindernis. In einer Nachbargemeinde wurde aus Nach dem Aushanglosten des Standesamts in der Nacht vor dem Hochzeitstag eines Pärchens das Aufgebot durch Eindringen des Rastgitters gestohlen. Da nun ohne diese Urkunde die Trauung unmöglich ist, mußte ein neues Formular ausgefertigt und die vorgeschriebenen Tage ausgehängt werden, trotzdem die Hochzeitsgäste bereits erschienen und die Vorbereitungen zum Fest getroffen waren.

Nachdem Lotti ihre Strafarbeit sauber und schön geschrieben in ihre Hände gelegt hatte, machte sie mit ihr einen Spaziergang in den Park. Traulich Arm in Arm wanderten sie durch die Gänge bis in den Wald hinein. An dem fröhlichen Lachen und Waidern merkte man, daß Erzieherin und Zögling im besten Einvernehmen, in froher Stimmung waren.

Und diese zufriedene Stimmung hielt trotz vieler Hindernisse an. Lotti hielt, was sie dem Bruder versprochen hatte. Und sie machte bald die Bemerkung, daß er mit seiner Voraussetzung recht gehabt hatte. Gerda fand in der Schwester keine Verbündete mehr, wenn es sich um Kränkungen für die Erzieherin handelte, und all ihr Spott vermochte nicht, sie ihr wieder willfährig zu machen.

Wenn Ilse auch viel zu gerecht war, um eine Schwester der anderen vorzuziehen, so fühlte Gerda doch, daß Lotti ihr näher stand. Sie machte sich zwar aus der Zuneigung der Erzieherin nichts, aber ihr Ehrgeiz strebte danach, es der Schwester zum mindesten gleich zu tun. So ging durch Lottis Beispiel auch mit ihr allmählich eine Veränderung vor, die Ilse erfreute und beglückte. Wenn Gerda auch oft noch hochmütig und träge, wenn Lotti auch noch öfter einen Rückfall bekam und trögig und unartig war, so bekümmerte sie es doch nicht mehr so tief. Lotti zeigte ihr näher so bittere Reue und doppelt Räcklichkeit und Liebe, und oft brauchte sie auch nur den Namen ihres Bruders leise in ihr Ohr zu flüstern, um sie sofort umzuwandeln. Wie sehr das Kind den älteren Bruder lieben mußte, ging daraus hervor, aber sie war auf ihn nicht eifersüchtig. Sie gönnte es ihm vielmehr von Herzen.

Ilse erfolge bei ihren Zöglingen blieben der Gräfin nicht verborgen. Zwar kam niemals eine Anerkennung von ihren stolzen Lippen. Sie mußte, der Dünkel des Lehrstandes wäre ohnehin groß genug; sie wollte ihn nicht noch schüren.

(Fortsetzung folgt.)

günstigen? Konnte das Kind nicht Schaden an seiner Seele nehmen, wenn es so früh anfang, Heimlichkeiten vor der Mutter zu haben? Aber wenn sie es Lotti nun verbot, je wieder zu ihrem Bruder zu gehen? Raubte sie dem einfahten Manne damit nicht die einzige Lebensfreude, der nicht freventlich das Band, welches die Geschwister zusammenhielt? Und die Gräfin würde diesen Verleher niemals gestatten — dessen war sie sicher.

„Werden Sie es der Mama erzählen?“ tönte jetzt Lottis Stimme in ihre Gedanken hinein. Da sah sie zu dem Kinder herab:

„Nein, Lotti.“

„D ich danke Ihnen — ich habe es ja gewußt — Sie sind so gut und lieb, und ich will Sie gewiß nie mehr tranken — sagen Sie mir — ob — Sie mir noch zürnen — sehen Sie — wenn Sie es noch tun, dann hat Konrad mich nicht mehr lieb, und ich habe ihm doch versprochen, von jetzt ab immer zu folgen und — Sie lieb haben — sagen Sie es mir doch, liebes, liebes Fräulein Römer.“

Sie hatte beide Arme um ihren Hals geschlungen und schmiegte sich zärtlich an sie. Ilse war hochrot vor freudiger Erregung geworden. So war ihre Mühe doch nicht vergebens gewesen, sie hatte sich dieses Kindes Herz erobert. Und sie wußte, daß es ihr bleiben würde für immer.

Sie beugte sich jetzt zu Lotti herab und drückte einen Kuß auf ihre Stirn.

„Nein ich zürne dir nicht mehr — ich habe dich lieb, Lotti — aber sage mir — wenn dein Bruder dich nun nicht ermahnt hätte — wärdst du —“

„Ich habe Sie schon lange lieb,“ unterbrach sie Lotti von neuem sie stürmisch umfassend — „aber — freilich — Konrad erst hat mir gesagt, daß man es auch zeigen muß.“

„So habe ich es doch eigentlich — ihm zu verdanken,“ dachte Ilse, aber es verminderte ihre frohe, glückliche Stimmung nicht.